

Naturschutz im Wald erscheint unbezahlbar

Podiumsdiskussion auf der Mitgliederversammlung des Waldbesitzerverbandes Niedersachsen am 27. Mai in Hannover

mh. „Naturschutz im Wald – Schrecken ohne Ende“ war der Titel einer Podiumsdiskussion bei der diesjährigen Mitgliederversammlung des Waldbesitzerverbandes Niedersachsen am 27. Mai in Altwarmbüchen bei Hannover. Thematisiert wurde vor allem das Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten, naturschutzfachlichen Vorgaben und gesellschaftlichen Erwartungen, in dem sich der private Waldbesitz zurzeit befindet.

Doch auch ohne die Anforderungen aus Naturschutz und Gesellschaft kommen auf die niedersächsischen Waldbesitzer einige Herausforderungen zu, wie in den Grußworten deutlich wurde. Zwar betonte Friedrich-Otto Ripke (CDU), Staatssekretär im niedersächsischen Landwirtschaftsministerium, die Stärkung des privaten Waldeigentums und kündigte an, dass sich die Forstpolitik auch unter der neuen Landwirtschaftsministerin Astrid Grottelischen nicht ändern werde, doch machte er auch gleich Einschränkungen: „Den Status quo, den wir uns alle wünschen und so sehr lieben, wird es auf Dauer nicht geben.“ Ripke nannte die 14 Mio. Euro För-



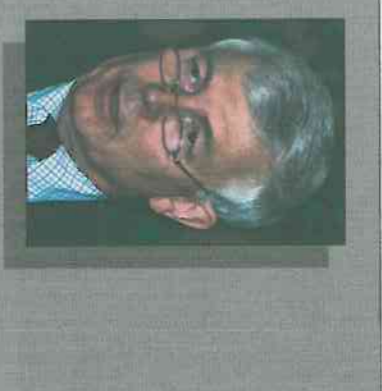
» Die Gemeinwohlleistungen des Privatwaldes sind enorm. << Friedrich-Otto Ripke

dergelder für die Weiterentwicklung der Forstwirtschaftlichen Zusammen-schlüsse (FWZ) im kleinpärzellerten Privatwald eine endliche Größe, die auch nur bis 2014 zur Verfügung stehe. Die FWZ zu Dienstleistungszentren im ländlichen Raum weiterzuentwickeln war sein Appell an die Waldbesitzer. Mehr Effektivität im Kleinprivatwald wünsche er sich auch in der forstschlichen Betreuung durch die Landwirtschaftskammer. Ripke: „Die Gemeinwohlleistungen des Privatwaldes sind enorm. Der private Waldbesitz kann die Gesamtfianzierung der Betreuung nicht leisten, darüber sind wir uns einig.“ Die Betreuung des Privatwaldes nachhaltig zu sichern, sei die Herausforderung für alle Beteiligten.

Aus neuen LWK-Förstämtern sollen fünf werden

Was Ripke damit meinte, das konkretisierte Ahrendt Meyer zu Wendel, der Präsident der Landwirtschaftskammer Niedersachsen (LWK): Es sei geplant, auf Ebene der Landwirtschaftskammer-Förstämter eine weitere Straßung durchzuführen. Diese gehe einher mit der Konzentration der FWZ. Die Zahl der derzeit neun Förstämter wolle man auf fünf verringern.

Auf seine Bemerkung „Wo das Forstamt ist, ist für den Waldbesitzer vollkommen unerheblich“ erntete Meyer zu Wendel heftige Zwischenrufe aus dem Publikum. Es sei notwendig, so der LWK-Präsident, in einem permanenten Anpassungsprozess auf die Anforderungen an die Betriebsleistung zu reagieren. „Wir wollen uns das operative Geschäft nicht aus der Hand nehmen lassen“, sagte er. Allerdings versprach Meyer zu Wendel auch: Die Bezirksbe-förderung packen wir nicht an.“ Georg Schimbeck, MdB und Präsident des Deutschen Forstwirtschaftsra-tes (DFWR), wünscht eine insgesamt



» Holzwartenwahl, Erschließung und Ernte werden zunehmend in Frage gestellt. << Norbert Leben

bessere Positionierung der Forst- und Holzwirtschaft. Schimbeck: „Wer es nicht nötig hat, der wird genötigt.“ Der Bundestagsabgeordnete gab bekannt, dass man über das neue Bundeswaldge-sez bereits am 9. Juli im Bundesrat abstimmen wolle. Dies sei wichtig wegen der nach wie vor unklaren Situation in Nordrhein-Westfalen.

Einschlagsentwicklung in den Buchenwäldern aus Naturschutzsicht sehr kritisch

Die anschließende Podiumsdiskussion beleuchtete vor allem die gesellschaftlichen Ansprüche in Form von naturschutzfachlichen und anderen Auflagen. Staatssekretär Ripke hatte hier schon eine mögliche Stoßrichtung vorgegeben: „Es darf nicht sein, dass die Sozialpflichtigkeit uns dramatisch einschränkt“, hatte er gesagt. DFWR-Präsident Schimbeck hatte sie verteidigt: „Wir sind für Forstwirtschaft und nicht für Kuscherei in der Landschaft. Wir müssen uns nicht entschuldigen oder verstecken, sondern haben viel Positives geleistet.“

Und Norbert Leben, der Präsident der niedersächsischen Waldbesitzer, wurde konkret: „Holzwartenwahl, Erschließung und Ernte werden zunehmend in Frage gestellt.“ Und das Landeswaldbauprogramm „Löwe“ könne für den Privatwald nicht zur Verpflichtung gemacht, sondern nur über den Vertragsnaturschutz etabliert werden.

Dr. Matthias Dieter, Leiter des Institutes für Ökonomie der Forst- und Holzwirtschaft am Von-Thünen-Institut (VTI), gab als erster Teilnehmer sein Eingangsstatement zur Podiumsdiskussion ab. Er unterstrich die nach wie vor sehr hohe wirtschaftliche Bedeutung des Nadelholzes für die Forstbetriebe. Der Beitrag der Nadelholzer sei signifikant bestimmend für den wirtschaftlichen Erfolg, während die Laubholzer lediglich einen Sockelbetrag lieferten.

Für den wirtschaftlichen Erfolg Ausschlag gebend sei auch die Höhe des Einschlagelages. Dieter: „Erst ab einem bestimmten Niveau kann überhaupt Gewinn erwirtschaftet werden.“ Höhere Holzzuwächse seien aus betrieblicher Sicht als Investition in die Zukunft anzusehen, die aber auch irgendwann liquidiert werden müssten.

Dieter mahnte außerdem zu mehr Effizienz im öffentlichen Wald. Auch hier müssten die gleichen Kriterien gelten, wie für alle öffentlichen Maßnahmen, d.h. der Nutzen müsse höher sein als die Kosten. Vor diesem Hintergrund

müsse man auch Totholzanteile und Flächenstilllegungen sehen.

Die Argumente des Naturschutzes, dies sei von der Gesellschaft gewünscht, relativierte Dieter: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Hirschkäfer bei der Bevölkerung beliebter ist als der Hirsch. Der Naturschutz bewertet dies aber anders.“

Laut Dieter müsse auch die naturschutzfachliche Planung übergeordnete Zielsetzungen berücksichtigen und sich einfügen. Er nannte die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung oder die Waldstrategie 2020 sowie die Zielsetzung bei den erneuerbaren Energien mit einem angestrebten Holzeinsatz von 80 Mio. Fm für die Energiegewinnung im Jahr 2020.

Dr. Carsten Böhm vom niedersächsischen Landesvorstand des Nabu bezeichnete in seinem Statement die Wälder, die älter seien als 160 Jahre, erst als wertvoll für den Naturschutz. Dies seien nur 2,3 % der Waldfäche. Böhm erinnerte daran, dass 60 % der weltweiten Buchenwälder in Deutschland stünden. Böhm weiter: „Die Einschlagsentwicklung in den Buchenwäldern ist aus Naturschutzsicht sehr kritisch.“ Dies treffe vor allem auf die öffentlichen Wälder zu. Böhm: „Der erhöhte Nutzungsdruck führt zum Abtrieb der wenigen Albestände.“ Der Nabu-Sprecher sprach sich vor diesem Hintergrund für eine Segregation statt Integration und den „Erhalt großflächiger Waldgebiete“ aus. Das beinhalte die Forderung nach Unterschutzstellung von zunächst 5 %



» Wir sind für Forstwirtschaft und nicht für Kuscherei in der Landschaft. << Georg Schimbeck

und langfristig 10 % der Waldfäche in Deutschland.

Bernd Karl Hoffmann, Leiter der Referatsgruppe Naturschutz beim niedersächsischen Umweltministerium, gab an, dass für Niedersachsen 71 Vogel-schutz- und 385 FFH-Gebiete gemeldet seien. Davon lägen 278 FFH-Gebiete in schutzenswerten Wäldern und umfässen eine Fläche von rund 70 000 ha. Auf rund 25 000 ha dieser aus EU-Sicht schutzenswerten Waldtypen sei der Waldzustand zu sichern bzw. zu entwickeln. Dies solle wo möglich per Vertragsnaturschutz geschehen. Die unteren Naturschutzbehörden würden abwickeln, das Land bezahlen.

Hoffmann: „Wer nicht will, läuft Gefahr mit einem Schutzgebiet überzogen zu werden.“ Die EU-Vorgaben seien hier zwingend. Den Waldbesitzern riet Hoffmann, sich aktiv an diesem Prozess zu beteiligen und selbst Pläne aufzustellen, da sonst die Gefahr bestehe, dass sie überstimmt bzw. gezwungen würden.

Philip Freiherr von und zu Guttenberg, neuer Präsident der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände (AGDW), startete sein Statement mit Ersäunen darüber, dass es Intelligenz und aufgeklärte Menschen gebe, die Instrumente forderten, mit denen vor allem eines erreicht werden solle: Den Wald vor seinen Eigentümern zu schützen. Zu Guttenberg: „Wald ist großartig, kann aber nicht alle Ansprüche erfüllen.“ Immerhin liege die Privat-



» Unser Wald ist kein Selbstbedienungsladen zur Maximierung des öffentlichen Wohlbefindens. << Philipp von und zu Guttenberg

waldfäche in Deutschland mit 6,9 Mio. ha bei mehr als der Hälfte der Waldfäche.

Zu Guttenberg zeigte sich von der hohen Bedeutung des Waldes im Kampf gegen den Klimawandel überzeugt. „Die Selbstüberlassung von Waldflächen über das jetzige Maß hinaus können wir uns nicht leisten“, ist er sich sicher. Denn die Waldstilllegung bedeute „ja“ zur Atomkraft und „ja“ zum Sterben des ländlichen Raumes, was auch von Naturschutzseite nicht gewollt sein könne.

Der AGDW-Präsident ließ keinerlei Zweifel daran aufkommen, bei wem er Kompetenz und Entscheidungsgewalt in Sachen Wald sieht, nämlich beim Eigentümer. Zu Guttenberg: „Unser Wald ist kein Selbstbedienungsladen zur Maximierung des öffentlichen Wohlbefindens.“ Dass ein Großteil der Wälder derzeit schon mit Schutzfunktionen belegt ist, liege vor allem in deren vorbildlicher Bewirtschaftung begründet. Zu Guttenberg: „Die geforderten Funktionen können nur von nachhaltig bewirtschafteten Wäldern erbracht werden.“ Waldeigentum sieht er als Grundvoraussetzung und Motor dafür, was die Geschichte bewiesen habe. „Ich pflege meinen Wald für meine Kinder und nicht für irgendeinen Umweltverband“, schloss der AGDW-Präsident sein Statement.

Wie groß die Differenzen zwischen Naturschutz und Waldbesitz und auch wie beschränkt die Mittel der öffentlichen Hand sind, öffentliche Leistungen private Waldeigentümer ordnungsgemäß zu bezahlen, wurde in der Podiumsdiskussion einmal mehr deutlich. Dr. Matthias Dieter vom VTI erklärte unumwunden, Leistungen könnten ohnehin nur bezahlt werden, wenn auch genutzt werde.

Das Ziel, 5 % der deutschen Wälder aus der Nutzung zu nehmen, bedeute einen Nutzungsstopp für alle Buchenbestände, die älter seien als 60 Jahre. Es bedeute einen Rohholzwertverlust von 220 Mio. Fm und eine entgangene Wertschöpfung von 2 bis 7 Mrd. Euro. Statt-



» Der erhöhte Nutzungsdruck führt zum Abtrieb der wenigen Albestände. << Dr. Carsten Böhm

private Waldbesitz hätten das Geld dafür.

Die FFH-Gesetzgebung verglich Schimbeck mit einem Sprengsatz, bei dem die Luunte bereits glimme. Dies bestätigte der niedersächsische Naturschutzbeauftragte Hoffmann: Die Finanzierung sei keineswegs gesichert. Hoffmanns Ausführungen ließen vielmehr auf eine eklatante Unterdeckung der immer wieder genannten Vertragsnaturschutzlösungen schließen.

Recht unbeeindruckt davon zeigte sich der Naturschutzvertreter Dr. Carsten Böhm. Demoskopische Untersuchungen hätten gezeigt, so Böhm, dass die Naturschutzkompetenz von den Bürgern eindeutig bei der EU gesehen werde. „Deshalb ist mir nicht bange“, freute sich der Mediziner. Spanien habe 24 % seiner Landfläche als FFH-Gebiete gemeldet und würde das Ganze eher als Förderkulisse betrachten. Deutschland habe sich hier dumms angestellt und sich nur bewegt, wenn es habe sein müssen. Hier gab ihm zu Guttenberg recht. Dies liege allerdings daran, dass man die Waldbesitzer an der Diskussions 30 Jahre lang nicht beteiligt habe.

Abschließend forderte zu Guttenberg dazu auf, die Gemeinsamkeiten stärker herauszuarbeiten statt sich gegenseitig zu bekämpfen. Vor allem die international vorbildliche deutsche Forstwirtschaft gelte es, stärker in den Vordergrund zu rücken. Böhm dagegen forderte eine Raumordnung für alle Maßnahmen, die den Wald betreffen. Die konkreten Maßnahmen könnten nicht dem einzelnen Waldbesitzer überlassen bleiben. Dies gelte auch für den Anbau fremdländischer Baumarten.

